

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Anzeigenpreis: Die 10sp. Millimeterzeile oder deren Raum 6 J., Reklame 18 J. Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 J. Beschr.-Geb., zug. 36 J. Zustellungsgeb.; d. W. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei ab. Betriebslkr. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Teleg.: „Tannenbl.“ / Tel. 321.

Nummer 97

Altensteig, Freitag, den 27. April 1934

57. Jahrgang

Der Wortlaut des Gelöbnisses der Vertrauensräte

Zur Vermeidung unnötiger Rückfragen beim Treuhänder der Arbeit gibt er bekannt, daß das gemäß Paragraph 10 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit von den Mitgliedern des Vertrauensrates vor der Belegschaft abzulegende Gelöbniß folgenden Wortlaut hat:

Als Mitglied des Vertrauensrates lege ich das feierliche Gelöbniß ab daß ich in meiner Amtsführung nur dem Wohle des Betriebes und der Gemeinschaft aller Volksgenossen unter Zurückstellung eigenartiger Interessen dienen und in meiner Lebensführung und Dienstleistung den Betriebsangehörigen Vorbild sein werde.

Dieses Gelöbniß nimmt der Führer des Betriebs ab. Dabei wird erwartet, daß der Feiertag entsprechend für einen würdigen Rahmen Sorge getragen wird.

Das Gelöbniß ist im Regelfalle in den Betrieben vor Abmarsch zu der gemeinsamen großen Kundgebung abzulegen. Dabei kann in kleineren Orten, in denen nur einige Betriebe sich befinden, dieses Gelöbniß auch auf dem Festplatz selbst abgelegt werden.

In denjenigen Fällen, in denen die Belegschaft sich am 1. Mai nicht vollständig versammeln kann, infolge zu großer Entfernung des Wohnorts vom Betriebsort, kann das Gelöbniß auch am 2. Mai vor Beginn der Arbeitsaufnahme vor der gesamten Belegschaft abgelegt werden. Ein schriftlicher Antrag an den Treuhänder der Arbeit erübrigt sich.

Uebergabe des Maibaumes auf dem Schwarzwald an die Reichshauptstadt

Berlin, 26. April. Der zum Maibaum der Reichshauptstadt ausersehene Schwarzwaldkiefer, der Mittwochabend auf dem Anhalter Bahnhof im Sonderzug mit seiner Begleitung von vier Schwarzwälder Holzschlägern und einem Förster eingetroffen ist, wird am Samstagnachmittag unter Anteilnahme der Bevölkerung der Reichshauptstadt vom Brandenburger Tor zum Lustgarten überführt. Der Transport wird aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem neuen Transportwagen der Reichsbahn durchgeführt, die die Waggons, welche den Baum hierher gefahren haben, tragen. Um 16.30 Uhr wird der gewaltige Stamm des Brandenburger Tor passieren und gegen 17 Uhr im Lustgarten eintreffen, wo die Uebergabe erfolgt. Begleitet wird der Stamm auf seinem Weg durch Musikzüge und Gruppen des Amtes „Volkstum und Heimat“ in der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, die auch mit seiner späteren Betreuung und Ausschmückung beauftragt sind.

Die Errichtung des Maibaumes!

Der 1. Mai, der Nationalfeiertag des deutschen Volkes, verwurzelt im alten Brauch, steht unter dem Zeichen des Maibaumes — er ist der Mittelpunkt, das überall sichtbare Sinnbild des Maifestes. Um den Maibaum schart sich das ganze feiernde Volk, vereint er doch die Volksgemeinschaft zu gemeinsamer Feier, zu gemeinsamem Erleben. Seine Stätte ist dort, wo das Volk zusammenkommt, um seinen Nationalfeiertag zu begehen: auf dem Marktplatz.

Als Maibaum wird die größte und schönste Tanne aus einem benachbarten Waldgebiet ausgewählt. Die Fällung der Tanne erfolgt in feierlicher Weise, eine Abordnung von Holzschlägern und Förstern begleitet den geschmückten Baum auf seiner Reise an den Bestimmungsort. Am Ziel wird er feierlich eingeholt.

Der Maibaum erhält keinen Platz auf der Mitte des Markfeldes, wo der Aufmarsch des Volkes erfolgt.

In der Nacht vom 30. April auf den 1. Mai, der Walpurgisnacht, wird der Baum feierlich aufgerichtet. Die Feier, die um die Mitternachtsstunde erfolgt, wird eingeleitet durch das Mänsingen, das von Singgruppen veranstaltet wird.

Der Maibaum, als Maibaum der deutschen Arbeit gedacht, trägt neben den Kränzen und Sinnbildern in Uebereinstimmung mit dem Volksbrauch, die Geräte und Symbole der Arbeit in heraldischer Anordnung.

Da die Errichtung zur Nachtzeit erfolgt, wird der Platz durch Fackeln und durch ein großes Feuer beleuchtet, wodurch die alten Bräute des Maifestes (Walpurgisfeuer) und der Frühlingsjadeläufe in neuer Gestalt erstehen. — Kornrus und Weizenknollen werden dort, wo diese Bräute noch leben, mit der Feier verbunden werden können.

Nach der Errichtung des Maibaumes, die Ehrenaufgabe des Zimmermannsgewerbes, bleibt eine Ehrenwache beim Maibaum bis zum Eintreffen des Festzuges zurück.

Dr. Friß über den Sinn der deutschen Maifeier

Berlin, 27. April. Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht einen Artikel des Reichsministers Dr. Friß über den Sinn der deutschen Maifeier. Darin heißt es u. a.:

Die Maifeier ist kein Volksfest alten Stiles mehr, sondern eine Kundgebung nationalsozialistischer Volksgemeinschaft. An diesem Tage marschieren nicht Klassen und Stände, sondern nur Deutsche, Nationalsozialisten, Volksgenossen hinter den Fahnen Adolf Hitlers, die heute die Zeichen des Deutschen Reiches sind, alle geeint im friedlichen Wettbewerb der nationalen Arbeit. Vor einem Jahre verkündete Adolf Hitler den Plan, in zweimal vier Jahren die Not des Volkes auszuwilteln. Ein Jahr nachher steht das Reich anders aus! Voll Stolz und Ruhe darf man heute sagen, daß dieses eine Jahr aus dem Deutschland der Not und Erwerbslosigkeit, aus einem Lande der

Hoffnungslosigkeit und der Zerrüttung, der außenpolitischen Isolierung und der innenpolitischen Unsicherheit ein Reich der Arbeit, der Ordnung, des Aufbaues und des Friedens gemacht hat. Die deutsche Maifeier 1934, der nationale Feiertag der Arbeit, steht mit Recht im Zeichen der trohen Sicherheit, daß es gelingen werde, die Not unserer Tage und das furchtbare Erbe der Nachkriegszeit zu überwinden. Das wird aber nur möglich sein, wenn der Geist des Nationalsozialismus, der Glaube an die sieghafte Kraft der Volksgemeinschaft das ganze deutsche Volk erfüllt. Das ist der Sinn der deutschen Maifeier, daß sie die Größe und Kraft der Idee Adolf Hitlers dem deutschen Volke und der ganzen Welt zeige und damit den unerfüllbarsten Willen kundgebe, auf dem Wege friedlicher Arbeit zu Freiheit und Brot fortzuschreiten bis zum Siege!

Dr. Schacht über die Transferkonferenz

Berlin, 26. April. Am Donnerstag abend sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die am 27. April in Berlin in der Reichsbank zusammengetretene Konferenz der Gläubigervertreter für die deutschen mittel- und langfristigen Schulden über alle deutschen Sender. Diese Konferenz mit den Vertretern der Reichsbank verfolgt bekanntlich das Ziel, für das Problem der deutschen Auslandsschulden eine konstruktive Lösung auf dauerhafter Grundlage zu finden. Dr. Schacht führte u. a. aus:

Die Welt erwartet von dieser Konferenz mehr als von den bisherigen Diskussionen über die Frage der langfristigen deutschen Schulden. Die große zur Debatte stehende Frage ist, wie kann man die Uebertragung der deutschen Schuldensahlungen in fremde Währung ermöglichen — denn das ist das Problem des Transfer — und wie kann man die Störungen, die von diesem Transferproblem auf die Welt ausgehen, beseitigen.

Auch für das hier vorliegende Problem ist der Verfall der Betrag der Ursprung allen Uebels. Auf Grund dieses Vertrages hat Deutschland jährlich Milliardenbeträge an Reparationen zu zahlen gehabt. Aber die Reparationsgläubiger haben sich mit den aus Steuern aufgetragenen deutschen Geld nicht zufrieden, sondern forderten von uns ausländisches Geld. Ausländisches Geld aber kann sich Deutschland nur dadurch beschaffen, daß es deutsche Waren im Ausland verkauft. Es gibt indessen einen vorübergehenden Weg, in den Besitz ausländischer Zahlungsmittel zu kommen, nämlich dadurch, daß man im Ausland Anleihen aufnimmt. Tatsache ist, daß infolge dieses Pumpensystems im Laufe der Zeit weit über 10 Milliarden Reichsmark Anleihen, die wir jetzt verstehen, und tilgen müssen, nicht der deutschen Volkswirtschaft zu Gute gekommen sind, sondern in Form von Reparatio-

nen, direkt an das Ausland geflossen sind. Wir befinden uns nun dem Problem gegenüber, daß Deutschland dieses bei ausländischen Privatleuten für Reparationszwecke ausgenommene Geld zurückzahlen muß.

Obwohl angeichts dieser Sachlage nicht geleugnet werden kann, daß das auf der Konferenz zur Debatte stehende Transferproblem keine Entstehung der politischen Unruhen; der Verantwortung verdankt, sind wir auf der anderen Seite als ethische Schuldner selbstverständlich verpflichtet, unseren Zahlungen nachzukommen, zumal unsere Gläubiger Privatleute sind. Der einzelne deutsche Schuldner zahlt auch die fälligen Beträge in deutschem Geld für Rechnung der ausländischen Privatgläubiger künstlich bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden ein. Was wir aber nicht bewirken können, und was nicht in unserer Macht liegt, ist, die vom Schuldner eingezahlten Reichsmark-Beträge dem ausländischen Privatgläubiger in fremder Währung zur Verfügung zu stellen. Diese Devisen können wir uns jedoch nur beschaffen, indem wir den Markt in Ausland verkaufen. Das Ausland legt aber unseren auf eine Streigerung unserer Ausfuhr gerichteten Bemühungen immer größeren Schwierigkeiten in den Weg, jedoch wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, so viel Waren auszuführen, daß wir damit unsere Einfuhr bezahlen und darüber hinaus unseren Schuldnerverpflichtungen an das Ausland in fremdem Geld nachkommen können. (Fortsetzung folgt.)

Zum russischen Garantievorschlag

Deutsche Stellungnahme

Berlin, 26. April. Zu der Veröffentlichung der Letzlichen Telegraphenagentur, die von den Vorgängen kein richtiges Bild gibt, wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt:

Am 28. März hat der Außenkommissar der Sowjetunion, Herr Litwinow, dem deutschen Botschafter in Moskau gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjetregierung es für erwünscht halte, das beiderseitige Bestreben nach Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu konkretisieren. Zu diesem Zweck schlägt Herr Litwinow die Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Protokolls vor, durch das die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten, die früher zum Bestand des ehemaligen russischen Reiches gehörten, garantiert werden müßten.

Die deutsche Regierung hat dieser Anregung gegenüber folgenden Standpunkt eingenommen: Es kann selbstverständlich nur mit Genugtuung begrüßt werden, wenn die Sowjetregierung jetzt den Wunsch hat, etwas Konkretes zum Zwecke der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu tun. Die deutsche Regierung hat ihren Willen in dieser Richtung bei jeder sich bietenden Gelegenheit unzweideutig betont. Sie muß aber leider feststellen, daß das Mittel, das Herr Litwinow nunmehr vorschlägt, für die Verwirklichung des von ihm angegebenen Zweckes aus den derzeitigen Umständen nicht geeignet erscheint.

Es ist schon eine auffallende Tatsache, daß Herr Litwinow mit einem Projekt zur Sicherung des Bestandes der baltischen Staaten an die deutsche Regierung herantritt, das er, wie allgemein betont, noch vor kurzem mit einer anderen Regierung verfolgt hat. Diese Initiative ist in der Öffentlichkeit vielfach als eine Aktion mit politischer Spitze gegen Deutschland aufgefaßt worden. Es ist für die deutsche Regierung einermöglichen überraschend, daß die Sowjetregierung diesen Plan jetzt in der Form eines deutsch-sowjetischen Paktes verwirklichen möchte. Aber auch ganz abgesehen von dieser Vorgeschichte und von der Frage, wie sich die baltischen Staaten selbst in dem Projekt

gestellt haben oder stellen würden, ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß der Vorschlag jeder realpolitischen Grundlage entbehrt. Wenn die deutsche Regierung und die Sowjetregierung zum Zwecke der Besserung ihrer Beziehungen eine besondere vertragliche Verpflichtung hinsichtlich der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten eingehen sollen, so legt das zwingend doch voraus, daß diese Unabhängigkeit und Unversehrtheit ohne solche ausdrückliche Bindung von einem der beiden Kontrahenten bedroht werden könnte. Die deutsche Regierung nimmt nicht an, daß mit einer derartigen Bedrohung von Seiten der Sowjetunion zu rechnen wäre. Selbstverständlich kann sie es aber ebenso wenig zulassen, daß ihr selbst in irgend einer Weise Abstrich und Möglichkeiten dieser Art unterstellt werden. Die Richtlinien der deutschen Politik im Osten sind von dem Herrn Reichskanzler bei den verschiedensten Anlässen öffentlich in voller Klarheit dargelegt worden und die deutsche Regierung muß jeden Versuch, die Aufrichtigkeit dieser Politik in Zweifel zu ziehen, kategorisch zurückweisen.

Wenn aber so die Möglichkeit einer Bedrohung der baltischen Staaten von Seiten Deutschlands und der Sowjetunion ausschließt, so bliebe als realer Anlaß des vorgeschlagenen Paktes nur die Möglichkeit, daß die Unabhängigkeit und Unversehrtheit dieser Staaten von Seiten dritter Mächte gefährdet werden könnten. Auch eine solche Annahme entbehrt nach Ansicht der deutschen Regierung jeglicher Grundlage. Die deutsche Regierung vermag deshalb nicht zu sehen, inwiefern Deutschland und die Sowjetunion einen Grund haben könnten, die Rolle von Schutzmächten der baltischen Staaten zu übernehmen.

Da somit die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten nach Ansicht der deutschen Regierung in keiner Weise bedroht ist, steht sie keinen Anlaß zur Sicherung dieser Staaten einen besonderen Vertrag mit der Sowjetregierung zu schließen. Von dieser Auffassung der deutschen Regierung ist die Sowjetregierung am 14. April unterrichtet worden. Sie hat dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Sowjetregierung bei unbedingtem Willen die dargelegten Gesichtspunkte sich leicht davon überzeugen wird, daß der von ihr



vorgelegene Weg tatsächlich nicht gangbar ist. Die deutsche Regierung glaubt, daß der Berliner Vertrag, der vom ihr im vorigen Jahre ratifiziert worden ist, alle Elemente für die Pflege und Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen enthält.

Die deutsche Regierung hat auch die interessierten Regierungen der Ostländer von dem Angebot der Sowjetregierung und der deutschen Antwort darauf verständigt.

Lohnzahlung am 1. Mai

Berlin, 26. April. Das Ende Februar verabschiedete Gesetz über die gesetzlichen Feiertage sah unter Aushebung der im vergangenen Jahre ergangenen Vorschriften ausdrücklich vor, daß der 1. Mai künftig als gesetzlicher Feiertag zu gelten habe. Somit war der 1. Mai, soweit er auf einen Wochentag fiel, Lohn- und rechtlich nicht anders zu behandeln als sonstige Wochenfeiertage. Um für die ausfallende Arbeitszeit eine allgemeine Lohnzahlungsverpflichtung einzuführen, mußte daher ein besonderes Gesetz ergehen. Das nun erlassene Gesetz über die Lohnzahlung am nationalen Feiertag des deutschen Volkes (1. Mai) läßt dort, wo bereits am 1. Mai Tarifordnungen oder Betriebsordnungen oder Dienstordnungen des öffentlichen Dienstes die Bezahlung ausfallender Arbeitszeit an Wochentagen vorsehen, diese Vorschriften für den 1. Mai gelten. Wo eine solche Regelung nicht besteht, ist für die infolge des Feiertages ausfallende Arbeitszeit der regelmäßige Arbeitslohn zu zahlen. Zu vergüten ist also die Arbeitszeit, die geleistet wäre, wenn der 1. Mai nicht zum gesetzlichen Feiertag erklärt wäre.

Neue Verfassung in Oesterreich

Vor der Einberufung des österreichischen Nationalrats

Wien, 26. April. Ueber die bevorstehende Umbildung des Kabinetts und die Einberufung des Parlaments werden sehr offenbar auf höheren Wunsch, auch in der Presse Mitteilungen gemacht, in denen der als bevorstehend gemeldete Eintritt Starhemburgs in die Regierung als Vizekanzler und die Uebernahme des Sicherheitsministeriums durch den gegenwärtigen Vizekanzler Fey bekämpft wird. Weiter wird darauf hingewiesen, daß mit der Einberufung des Parlaments zum Montag, den 30. April, gerechnet werde. In einer einzigen Schlußsitzung soll der Kumpf-Nationalrat die bisherigen Notverordnungen gutheißen, das Konkordat ratifizieren und der Regierung die Vollmachten zur Inkraftsetzung der Uebergangsverfassung erteilen. Hiermit soll die Auflösung des Parlaments erklärt werden.

Wie verlautet, hat der Vatikan entscheidenden Wert darauf gelegt, daß die Ratifizierung des Konkordats durch die verfassungsmäßigen parlamentarischen Organe und nicht durch eine Notverordnung der Regierung erfolge. Die Regierung beabsichtigt jedoch, die seit März vergangenen Jahres bestehende Präsidentenkrise des Nationalrats auf dem Wege einer Notverordnung zu beenden, in der die Ernennung eines Präsidenten des Nationalrats für die eine Sitzung vollzogen und rechtzeitig der Nationalrat einberufen wird. In dieser Sitzung des Nationalrats, in der gleichzeitig die bisherige verfassungsmäßige Funktion des Parlaments erlöschen wird, soll der Text der neuen österreichischen Bundesverfassung bereits vorliegen. Nach der formellen Annahme durch das abtretende Parlament soll die Verfassung am 1. Mai verkündet werden.

Die Zusammenfassung sämtlicher Wehroverbände und die Verschmelzung mit der Vaterländischen Front ist in der gegenwärtig tagenden Führung des Heimatdienstes, wie verlautet, trotz der Bedenken von verschiedenen Seiten, beschlossen worden.

Erzherzog Eugen als Blaghalter

Wien, 26. April. In politischen Kreisen hält man aus den aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten des Bundespräsidenten auf Grund der neuen Verfassung den Erzherzog Eugen von Habsburg, der erst vor kurzem die Erlaubnis erhalten hat, und zwar als erster von allen Habsburgern, wieder nach Oesterreich zurückzukehren. Die Kandidatur Starhemburgs wird von den Christlich-Sozialen abgelehnt. Schönburg-Hartenstein ist der Heimwehr nicht genehm.

Demonstrationen gegen die Regierung in Linz

Linz, 26. April. Wie aus Linz berichtet wird, zogen am Mittwochabend aus der Umgebung von Gmunden zahlreiche Arbeiter unter dem Ruf „Heil Hitler“ in Gmunden ein. Eine Gruppe warf in die Villa des Bürgermeisters von Gmunden, Thomas, 60 Steine und zertrümmerte 40 Fenster Scheiben. Die gleichen Vorgänge ereigneten sich vor der Wohnung des Bezirkshauptmanns, dem durch Steinwürfe 60 Fenster Scheiben zertrümmert wurden. Auch kam es angeblich zu Schießereien, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Man nimmt an, daß die Hausjungen der letzten Tage der Anlaß zu den Kundgebungen gewesen sind. Die Polizei ging gegen die Demonstranten mit dem Gummiknüppel vor. Nach einer Stunde war die Ruhe wieder hergestellt. Mehrere Nationalsozialisten wurden verhaftet. Das „Linzener Volksblatt“ meldet, daß der Bezirkshauptmann Graf Paschta einen Urlaub angetreten hat.

Sprengstoffanschlag in Oesterreich

Wien, 26. April. Nach amtlichen Mitteilungen ist in der Nacht zum Donnerstag an der Mühltriftbahn in der Nähe der Haltestelle Schlags ein Sprengstoffanschlag verübt worden, wodurch das Gelände der über den Mühlfließ führenden Eisenbahnbrücke beschädigt wurde. Der Zugverkehr ist in keiner Weise gestört worden.

Das „Horch-Wessel“-Lied bei der Beerdigung eines Nationalsozialisten in Oesterreich

Innsbruck, 26. April. Am Sonntag starb in Linz der wegen verbotener parteipolitischen Betätigung in Haft gewesene Franz Arlang aus Linz im Krankenhaus an den Folgen einer Magenoperation. Anlässlich des Begräbnisses war eine große Zahl nationalsozialistischer Parteigänger erschienen. Sie sangen am offenen Grabe mit zum Hitlergruß erhobenem Arm das „Horch-Wessel“-Lied. Im Zusammenhang damit wurden viele Personen verhaftet.

Abschluss in London

Sowjische Erklärungen an die Presse

London, 26. April. Sowjich beendete am Mittwochabend seine Londoner Besprechungen. Er gab der englischen und ausländischen Presse eine Erklärung. Hierbei sagte er u. a.: „Aussere Besprechungen verliefen in dem traditionellen Geist der Freundschaft, der zwischen Italien und England besteht und der einer der Grundpfeiler in der europäischen Politik und eine Hauptstütze des Friedens ist. Wie bekannt, wollte ich nicht in einem Sonderauftrag in London, auch war es nicht meine Aufgabe, Verhandlungen einzuleiten oder Vorschläge zu unterbreiten, da jedoch mein Besuch, obgleich er schon vor einigen Monaten eingeleitet wurde, zufällig auf einen besonders wichtigen Augenblick in der europäischen Politik fiel, hatte ich Gelegenheit zu einem ersten friedlichen Meinungsaustausch mit der englischen Regierung besonders in der Abrüstungsfrage. Während dieser Besprechungen konnten mir den Eindruck der Harmonie der Ansichten feststellen, die zwischen England und Italien in der Abrüstungsfrage besteht, besonders über die Notwendigkeit, eine Vereinbarung zwischen allen interessierten Mächten zu erreichen. Die bloße Tatsache, zu einer Vereinbarung durch ein Abkommen zu gelangen, selbst wenn dieses nicht allen bei der Eröffnung der Abrüstungskonferenz gehegten Erwartungen entsprechen sollte, wäre von solcher Wichtigkeit, daß sie als ein endgültiger Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens und des guten Willens zwischen den Nationen betrachtet werden müßte.“

Sowjich sagte dann noch weiter, es sei zu früh, eine Erklärung über die italienische Politik auf der Vollversammlung in Genf am 29. Mai abzugeben. Man sehe vorläufig noch unter dem Eindruck der letzten französischen Note und müsse die durch sie geschaffene Lage genau prüfen. Italien sei aber immer noch der Ansicht, daß das italienische Abrüstungsmemorandum der einzige gangbare Weg zur Lösung der Abrüstungsfrage sei. Sowjich ließ in seinen weiteren Ausführungen durchblicken, daß er nicht die Pariser Auffassung teile, wonach die Abrüstungsverhandlungen nur noch auf der Genfer Plattform fortgesetzt werden könnten. Er deutete an, daß auch jetzt noch die Möglichkeit eines diplomatischen Meinungsaustausches bestehe.

Auf eine Frage des Vertreters des Deutschen Nachrichtenbüros erklärte Sowjich, daß er während seiner Londoner Besprechungen die Ansicht Mussolinis zum Ausdruck gebracht habe, die darin bestehe, daß bei den Bemühungen zur Erreichung einer Abrüstungsvereinbarung keine gegen Deutschland gerichtete Front gebildet werden dürfe. Dies sei einer der klar abgegrenzten Punkte der italienischen Politik, die von Mussolini bereits des Öfteren zum Ausdruck gebracht wurde. Sowjich gab zu, daß auch die Donaufrage in London berührt worden sei. Die Frage des Donauvertrages entwickle sich ohnedies gut. So sei bekannt, daß Italien den Beitritt anderer Staaten zum Donauvertrag wünsche. Die Gerüchte, daß er in London über eine mögliche Anleihe an Italien oder Oesterreich verhandelt habe, seien jedoch unzutreffend. Von einer Anleihe an Oesterreich sei im Augenblick keine Rede.

Sowjich in Brüssel

Brüssel, 26. April. Der italienische Staatssekretär Sowjich ist auf seiner Rückreise von London mit dem Flugzeug in Brüssel eingetroffen. Der Beauftragte Mussolinis hat nachmittags mit den Vertretern der belgischen Regierung den Stand der Abrüstungsfrage besprochen. Der amtliche belgische Standpunkt in der Abrüstungsfrage hat sich seit einiger Zeit fast dem italienischen und englischen Standpunkt genähert und Belgien hat nun in der letzten Zeit ebenso wie England und Italien wiederholt für das Zustandekommen eines internationalen Abrüstungsabkommens eingetreten. Auch in der Beurteilung der letzten französischen Note an England scheint eine weitgehende Übereinkunft zwischen Brüssel, London und Rom zu bestehen. Man nimmt an, daß der italienische Vertreter die belgische Regierung über seine Londoner Besprechungen unterrichtete. Am Nachmittag hatte Sowjich zunächst eine Besprechung mit dem belgischen Außenminister Hymans. Im Anschluß daran wurde er von dem Ministerpräsidenten Graf de Broqueville empfangen. Nach diesen Besprechungen gab der Ministerpräsident dem italienischen Gast einen Tee, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen sind. Am Abend setzte Sowjich seine Weiterreise nach Rom fort.

Mißerfolg der Warschauer Besprechungen?

Genf, 26. April. Nach einer eigenen Meldung des „Journal de Geneve“ aus Paris hat die Reise Barthous nach Polen nur zu sehr unvollkommenen Ergebnissen geführt. Der französische Außenminister habe seine Ziele in Warschau nicht erreichen können. Der Berichterstatter des Blattes führt zum Beweis die eigenen Erklärungen Barthous an, die dieser einer polnischen Zeitung gegeben habe. Der französische Außenminister habe durchblicken lassen, daß man sich über keine der großen politischen Fragen wirklich geeinigt habe. Polen, so fährt der Gewährsmann des „Journal de Geneve“ fort, hat im Hinblick auf den Anschluß seine eigenen Gedanken, die der Entwicklung des „Pan germanismus“ nicht entgegensteht. Es bleibe außerdem noch immer sehr kühl gegenüber der Tschechoslowakei. Auch im Hinblick auf die Abrüstungsfrage sei eine gemeinsame Linie zwischen Frankreich und Polen nicht gefunden worden. Barthou habe auch anerkannt, daß Polen frei sei, seine eigene Politik zu führen. Unter diesen Umständen sei es unbestreitbar, daß das Bündnis einen etwas theoretischen Charakter habe. Die Nachbarn Polens hielten im Grundsatze ein Bündnis aufrecht, das ihnen Vorteile diene, verfolgten aber gleichzeitig eine Politik, die sie praktisch von Frankreich und einzelnen Mitgliedern der Kleinen Entente entferne.

Barthou in Prag

Prag, 26. April. Der französische Außenminister Barthou traf am Donnerstag in Prag ein. Auf dem Bahnsteig wurde er von dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš, sowie dem Gesandten der Kleinen Entente und Polens empfangen. Tschechische Legionäre hatten auf dem Bahnsteig und vor dem Bahnhof Aufstellung genommen. Der Empfang wurde durch den leise niederzieselnden Regen etwas beeinträchtigt.

Ein baltisches Bündnis

Austauscher Schritt zur Verwirklichung eines baltischen Bundes

Rom, 26. April. Die litauischen Gesandten in Kiew und Riga überreichten im Auftrage ihrer Regierung der estländischen und lettländischen Regierung eine Denkschrift, in der die litauische Regierung ihre Ansicht in der Angelegenheit der Solidarität und der weiteren Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten äußert. Seit einigen Monaten sind Besprechungen im Gange einen engeren Zusammenschluß zwischen den baltischen Staaten herbeizuführen. Insbesondere waren Lettland und Estland in dieser Richtung sehr aktiv. Diese Bemühungen fanden indessen bei Litauen immer eine gewisse Zurückhaltung, vor allem wegen der ungelärten Lage Lettlands und Estlands in der Winafrage. Auch der vor kurzem ausgebrochene Eisenbahnstreik zwischen Litauen und Lettland, der bekanntlich zur Sperrung des lettländischen Verkehrs über Moskau führte, zeigte mit aller Deutlichkeit, welche Hindernisse auch auf wirtschaftlichem Gebiet noch zu überwinden sind, ehe die Verwirklichung des Gedankens eines engeren Zusammengehens unter den baltischen Staaten greifbare Formen annehmen könnte. Besondere Beachtung verdienen die Stimmen, die für eine Annäherung der baltischen Staaten Propaganda machten, in den letzten Wochen sowohl in Lettland und Estland, wie auch in Litauen mehr oder weniger verstummt.

Spanien in Alarmzustand

Schwierige Lösung der spanischen Krise

Madrid, 26. April. Die spanische Regierung hat von dem ihr durch den Staatspräsidenten zugestandenen Recht Gebrauch gemacht und um 24 Uhr über das ganze Staatsgebiet den Alarmzustand verhängt.

Die Lösung der Krise wird als sehr schwer angesehen. Es sieht nicht an Stimmen, die die Krise als Präsidentenkrise bezeichnen und den Rücktritt des Staatspräsidenten für unentmeidlich halten. Auffallend ist die Haltung der katholischen Presse und des Führers der katholischen Volkspartei, Gil Robles, die beide für die Wiederkehr von Petrucci eintreten, statt selbst die Macht zu verlangen, wie sie es erst am Sonntag bei ihrem Massenmarsch in Escorial getan haben.

Bombenanschlag auf den spanischen Innenminister

Madrid, 26. April. Gegen den spanischen Innenminister wurde am Mittwochabend in der Innenstadt von Madrid ein Bombenanschlag verübt. Der Anschlag erfolgte in dem Augenblick, als der Minister seinen Kraftwagen besteigen wollte. Es scheint bei dem Anschlag niemand verletzt worden zu sein.

Die amerikanische Zollreformvorlage

Washington, 26. April. Vor dem Ausschuss des Senats verlas Hull die Erklärung über die Zollreform. Er betonte darin, daß Gegenseitigkeitsverträge mit fremden Mächten eingeleitet werden nur Notbedelle für die Zeit der Krise seien. Nur wegen der Weltwirtschaftskrise schlägt Präsident Roosevelt auch die Form der Gegenseitigkeitsverträge vor, die an und für sich nicht dem von Amerika vertretenen Grundsatze entsprechen. Hull wies darauf hin, daß andere Länder mit dem Beispiel solcher zweifeltätiger Verträge voranzugingen seien und daß die amerikanische Erzeugung die Wohlhabendheit des Abnehmens der Ueberflusses an das Ausland dringend nötig habe. Der Außenhandel sei ein sehr wichtiger Faktor für eine gesunde Wirtschaft. Nur wenige Länder verschließen sich dieser Einflüßung so stark, daß sie lieber panikartige Zustände in der Wirtschaft des eigenen Landes andauern lassen, als ihre blinde wirtschaftliche Isolationspolitik aufzugeben. Es wäre verhängnisvoll, wenn Amerika in diesen Fehler verfiel. Er lenkte auf die Gründe, die im Kongreß gegen den Gegenseitigkeitsvertrag bestanden. Jetzt sei es aber an der Zeit, den Streit über Grundzüge zurückzustellen und sich klar zu machen, daß es sich nur um einen vorübergehenden Notbehelf zur Ueberwindung der außererwartlichen Lage handle. Dabei sei zu berücksichtigen, daß schnell abzuhandeln werden müsse, um die amerikanische Wirtschaft aus dieser schweren Krise herauszubringen.

Einheitsfront gegen Japan?

London, 26. April. Die englische Regierung bemüht sich um die Schaffung einer Einheitsfront der Weltmächte zur Abwehr der japanischen Hegemoniepläne im Fernen Osten. Die Abwehrrfront hat, wie aus dem auch von Amerika in Tokio unternommenen Schritt geschlossen wird, unbedingt Aussicht für den Fall, daß Japan seine in der „Jernstählischen Doktrin“ verkündeten Ziele in die Tat umzusetzen beginnt. Maßgebende englische Kreise haben jedoch den Eindruck, daß Japan es angeht, der bereits herrschenden Spannung in den Beziehungen zur Sowjetunion nicht noch auf eine Kraftprobe mit den Mächten ankommen lassen will. Man glaubt vielmehr in London, daß durch die eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen sich die Gemüter sehr bald wieder beruhigen werden. Wie wir erfahren, habe auch der japanische Botschafter in London, Matsuda, seiner Regierung geraten, die schädigenden Rückwirkungen der Verkündung der „Jernstählischen Doktrin“ durch offizielle Kommentare abzumildern. Die bisher von Tokio abgegebenen Erklärungen haben die englische Regierung auch voll befriedigt.

Japan wünscht mit China zu verhandeln

Tokio, 26. April. Wie Reuters aus Tokio meldet, ist in der Entwicklung der japanisch-chinesischen Frage eine neue Wendung eingetreten. Der japanische Außenminister Hirota unterrichtete den chinesischen Gesandten in Tokio, General Tchanallschin, in dem Sinne, daß die japanische Regierung unmittelbare Verhandlungen in der zwischen beiden Ländern schwebenden Frage wünsche. Der japanische Außenminister hält die letzte mündliche Äußerung des Sprechers des Außenministeriums für zurecht. Er erklärt weiter, daß einige Formulierungen der chinesischen Äußerung vom 19. April zu scharf gefaßt seien. Trotzdem hoffe er, daß China mit Japan im Sinne der aufgewiesenen Politik weiter zusammenarbeiten werde, denn beide Länder seien für den Frieden im Fernen Osten verantwortlich. Japan werde, so erklärte der japanische Außenminister weiter, die Interessen der übrigen Auslandsmächte in China berücksichtigen und ebenso die Selbständigkeit Chinas achten.



Rechnen Sie mal

nicht nach Mark, sondern nach Quadratmetern. Wenn Sie bedenken, daß Sie mit einer Pfunddose KINESSA-Bohnerwachs 80 qm Parkett oder Linoleum behandeln können, daß der harte Spiegelglanz wochen-, ja sogar monatelang anhält und wiederholt nach gewischt werden kann, so werden Sie finden, daß es bei diesen großen Vorzügen nichts preiswerteres gibt, als das wertvolle

KINESSA
BOHNERWACHS
Schwarzwald-Drogerie
Fr. Schlumberger

Guter Rat zur Blumenpflege

Alle Pflanzen benötigen zum Wachsen u. Blühen Stickstoff, Kalium u. Phosphorsäure. Geben Sie deshalb Ihren Blumen alle 8 Tage

Maitrol im Gießwasser

denn Maitrol enthält alle Nährstoffe in der zuträglichsten Form. Maitrol empfehlen als den besten Pflanzendünger: Löwen-Drogerie O. Hiller, Schwarzwald-Drogerie Fr. Schlumberger, Gärtnerei G. Lutz. Dose 50 Pfg.

Dekorations-Keisig.

Zum Schmücken der Häuser usw. wird am Samstag, von mittags 1 Uhr an abgegeben am unteren Schulhaus und am Rathausbrunnen.

Den 27. April 1934.

Bürgermeisteramt.

Altensteig-Stadt

Die Befuhr, das Sägen, Spalten und Aufräumen des Brennholzes

für die städt. Gebäude wird am Mittwoch, den 2. Mai 1934, vormittags 11 Uhr im Rathaus Zimmer Nr. 5 im öffentlichen Ausschreibungsverfahren vergeben.

Stadtspflege.

Städt. Forstverwaltung Altensteig.]

Nadelstammholz-Verkauf

im schriftlichen Ausschreib.

Am Freitag, den 4. Mai 1934, vormittags 11 Uhr auf dem Rathaus, Altensteig

aus: Langer Berg, Markhalde, Hochdorfer Wald u. Engwald.

693 Fichten, 2197 Tannen, 22 Föhren mit Fm; Langholz: 99 I., 337 II., 673 III., 492 IV., 72 V., 28 VI. Kl. Wolschnitte: 14 I., 13 II., 12 III., 12 IV., 4 V.

Schriftliche bedingungslose Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise sind spätestens bis Freitag, den 4. Mai 1934, vorm. 11 Uhr bei der Städt. Forstverwaltung einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote erfolgt.

Losverzeichnis durch die städt. Forstverwaltung.

Verkaufsbedingungen der Staatsforstverwaltung ohne Wechselverfahren.

Sankt-Kreuz-Fähnchen

schwarz-weiß-rote Fähnchen

Schutzabzeichen in allen Größen

Sirlanden

empfiehlt die

Buchhandlung Lauk, Altensteig

Radsportverein Altensteig.

Morg. Samstagabend



Monatsversammlung im Lokal.

Sonntag Wanderfahrt nach Rehingen (Baharennen) Abfahrt 12 Uhr beim Bahnhof.

Schwan



bietet Euch beim Pfundpaket 4 Pfennig Nutzen, wie ihr seht!

Schwan zum Einweichen, Waschen, Schäumen. Doppelpaket nur 44 Pf., Normalpaket nur 34 Pf.

..... und deshalb ein- für allemal:
Die Schuhe putzt man mit
Erdal

Besenfeld, 27. April 1934.

Todes-Anzeige.



Unsere innig geliebte, herzengute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Anna Maria Kappler We.
geb. Sackmann

ist am 26. April nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 54 Jahren heimgegangen.

Im Namen der Trauerfamilie:

Die Kinder:

Marla, Martha und Hedwig Kappler.

Beerdigung Sonntag nachmittag 2 Uhr.

OMEGA Das ideale Möbel-, Fleck- und Auffrischungsmittel
Holzwanne
sicher wirkend, empfiehlt
Malermaler Klrn.

Altensteig.

Kirchliche Trauung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer
am Samstag, den 28. April 1934, nachm. 1 Uhr
in Altensteig stattfindenden kirchlichen Trauung
herzlich einzuladen.

Alfred Seizinger

Marla Fuchs

Spielberg — Wörnersberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer
am Samstag, den 28. April 1934
im Gasthaus zum „Röble“ in Spielberg stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Philipp Theurer

Sohn des
† Joh. Martin Theurer
Holzhauer
Spielberg

Christine Mast

Tochter des
† Joh. Martin Mast
Maurermeister
Wörnersberg

Kirchgang 1 Uhr in Spielberg.

Festprogramm

zum Feiertag der nationalen Arbeit in Altensteig:

Montag, den 30. April, abends 7 Uhr
Einholung des Maibaumes durch die HJ.
8.00 Uhr: Aufrechten des Maibaumes auf dem Marktplatz durch HJ. und das Zimmermannsgewerbe mit Tanz und Spiele.
11.30 Uhr: Höhenfeuer der HJ., Manifest des Reichsjugendführers an die deutsche Jugend

Dienstag, den 1. Mai

6.00 Uhr: Völkerschlehen.
6.30 Uhr: Pianokonzert der Stadtkapelle an verschiedenen Plätzen der Stadt.
8.00 Uhr: Feldgottesdienst (Marktplatz)
9.00 Uhr: Beginn der Schulfeier mit Uebertragung aus Berlin (Rede des Reichspropagandaministers Hg. Dr. Goebbels, Marktplatz).
1.30 Uhr: Aufstellung des Festzuges in der Talstraße, Spitze Turnhalle.
2.00 Uhr: Abmarsch des Festzuges in nachstehender Reihenfolge:
Heralde der SA. und der DAF. — Stadtkapelle — DAF. — HJ. u. SV. — SA., SA.-Reserve, SS., Freiw. Arbeitsdienst (Abordnungen) — Arbeitsfront mit Wagen und Gruppen — Belegschaften der Betriebe mit Betriebsführer (die uniformierten Betriebsangehörigen gehen jeweils an der Spitze ihrer Betriebe) — Spielmannszug — Reichswehrstand mit Wagen und Gruppen — Innungen mit Wagen und Gruppen — Handel — Staatl. und städt. Beamten — Aufmarschleiter: Standortältester, Sturmkommandoführer Hg. Kuppert. —

Der Festzug bewegt sich durch folgende Straßen: Poststraße — Bahnhofstraße — Halbenstraße — Paulusstraße — Schillerstraße — Karlsstraße — Rosenstr. — Poststraße — Marktplatz.

3.00 Uhr: Beginn der Kundgebung auf dem Marktplatz mit Uebertragung des Staatsaktes aus Berlin durch Großlautsprecher. Folge:

Niederländisches Dankgebet
Begrüßung: Bürgermstr. Hg. Kolmbach
Altes Kampflied der SA.
Ansprache des pol. Leiters Hg. Steeb
Kampflieder der SA.
4.00 Uhr: Staatsakt.
Abendveranstaltung (Marktplatz)
8.00 Uhr: Einleitung durch Hg. Kolmbach. Gemeinamer Gesang: „Der Mai ist gekommen“.
Volksstanz (Spieschar)
„Soldaten der Arbeit“, Lied gesungen vom Arbeitsdienst.
Ansprache: Hg. Hg. Baehner-Magold.
Gedicht eines Arbeitslosen.
„Die Liniere, die Andern“, HJ.-Sprechchor.
Arbeitsdienstlied.
Gedicht: „Der Werkmann“.
„Das Reich“ Laienchorspiel (Arbeitsdienst).
Sprechchor (Arbeitsdienst).
Deutschland-Horst Wessellied.
Marktplatz-Illumination — anschließend Tanz und gemütliches Beisammensein in den Lokalen der Stadt bis 1 Uhr nachts.
(Aenderungen vorbehalten.)
Die Ortsgruppenleitung der NSDAP. Altensteig
Steeb.

Empfehle mein gut sortiertes Lager in
Hüten u. Mützen
in den neuesten Farben und Façonen, zu billigst Preisen
Uniform- und Schülermützen
werden in eigener Werkstatt angefertigt.
Vorschriftsmäßige **Arbeitsfrontmützen** sind stets auf Lager zu dem vorgeschriebenen Mindestpreis.
Verkauf von der Reichszeugmeisterei genehmigt.
Carl Walz
Hut- und Mützensgeschäft
Altensteig.

durch das garantiert wirksame Mittel
Frucht's
Schwanenweiß
RM 1.00 u. 2.25
Schwabenwasser
Aphroditenbesetzung
macht einen bleibend schönen Teint
Sommer-sprossen
Fritz Schlumberger,
Drogerie, Altensteig

Bilder des Führers
sowie
Photo-Karten
in großer Auswahl
empfiehlt die
Buchhandlung Lauk

